

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Georg Krause (KV Ludwigsburg)

Änderungsantrag zu GSP.L-01

Von Zeile 130 bis 134:

(74)

Mobilität und Gütertransporte der Zukunft müssen sich am ökologischen Fußabdruck ausrichten. Dabei spielen energiesparende Verkehrsmittel, insb. Schienen-, Fuß- und Radverkehr die entscheidende Rolle.

Technologien für klimaneutrale Mobilität und Gütertransporte müssen durch öffentliche Forschung und Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur aktiv vorangetrieben werden, insbesondere im (Schwerlast-)Güterverkehrs sowie im Luft- und Schiffsverkehr. Öffentliche Förderungen des Baus oder Betriebs von Flughäfen werden eingestellt.

Subventionen von Mobilität und Gütertransport basierend auf fossilen Brennstoffen werden durch Einpreisung der ökologischen Folgekosten in alle Verkehrsmittel ersetzt.

(neu) Der Platz in den Städten gehört den Menschen und ist Raum für Begegnungen und gesellschaftliches Miteinander.

~~(74) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft am ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt das Prinzip: Schiene stärken, Straßen- und Luftverkehr dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt.~~

Sichere und barrierefreie Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Menschen

Begründung

Der Verkehrssektor ist für etwa 18% der deutschen CO2 Emissionen verantwortlich und verzeichnet seit Jahren einen Emissionsanstieg. Das liegt hauptsächlich daran, dass Effizienzgewinne bei der Motorenentwicklung aufgeessen werden durch immer mehr, immer weitere Wege, die in immer größeren Autos zurückgelegt werden. Auch die Gütertransporte auf der Straße steigen seit Jahren an.

Dieser Trend ist zum großen Teil strukturell bedingt durch Verkehrsinfrastruktur, die auf motorisierten Individualverkehr optimiert ist und durch Steuervergünstigungen, sowie öffentliche Förderungen für Auto- und Flugverkehr, z.B. die Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff, die Pendlerpauschale, die Energiesteuerbefreiung des Kerosins, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge, die Förderung von (Regional-)Flughäfen und die private Nutzung von Dienstwagen.

In den vergangenen Jahren haben wir uns immer wieder für einen Umbau der Städte und Verkehrsinfrastruktur eingesetzt und viel erreicht. Fußgängerzonen haben Parkplätze ersetzt, die Innenstädte sind lebenswerter geworden und die Luftqualität in den Städten hat sich massiv verbessert.

Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen, weil die stetig fortschreitende Klimakrise uns nicht mehr viel Zeit zum Gegensteuern lässt und weil die Herausforderungen im Verkehrssektor größer

sind als z.B. im Energiesektor. Infrastruktur wird in der Regel auf Jahre oder Jahrzehnte geplant, Fahrzeuge haben lange Nutzungsdauer und für klimaneutralen Flugverkehr gibt es bis jetzt keine marktreife Technologien.

Die dafür notwendigen Technologien müssen durch verstärkte Forschung in dem Bereich möglichst zügig entwickelt und zur Marktreife gebracht werden, um eine CO₂ neutrale Mobilität zu ermöglichen

Daher müssen die nächsten 15 Jahre geprägt sein von einem tiefgreifenden Umbau der Infrastruktur und regulatorischen Rahmenbedingungen. Das Grundsatzprogramm bietet dafür den richtigen Rahmen.

weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (KV Göttingen); Patrick Schygulla (KV Freiburg); Ralf Roschlau (KV Heilbronn); Evelyn Thies (KV Ulm); Enrico Wolfgang Schandl (KV Ortenau); Simon Spenrath (KV Heilbronn); Angelika Österreicher (KV Stuttgart); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); Tim Weinert (KV Stuttgart); Sylvia Dorn (KV Ortenau); Kristina Leitz (KV Stuttgart); Corinna Fritz (KV Stuttgart); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Andreas Müller (KV Essen); Alexander Link (KV Heidelberg); Cornelia Kunkis-Becker (KV Schwarzwald-Baar); Thomas Wunderberg (KV Karlsruhe); Silke Gericke (KV Ludwigsburg)